

Stand: 15.01.2026 11:33:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9025

"Brennholz weiterhin trotz EU-Verordnungen als nachhaltiges Brennmaterial nutzen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9025 vom 26.11.2025



## Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

### **Brennholz weiterhin trotz EU-Verordnungen als nachhaltiges Brennmaterial nutzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. ein Förderprogramm aufzulegen, das die nachhaltige Produktion und Nutzung von Brennholz subventioniert, z. B. durch Zuschüsse für moderne Heizsysteme und Beratung für Waldbesitzer, um EU-konforme, aber praxistaugliche Standards zu erfüllen.
2. sich auf Bundesebene und in EU-Gremien für eine Überprüfung und Lockerung restriktiver EU-Verordnungen einzusetzen, die die Brennholznutzung behindern, unter Betonung des Subsidiaritätsprinzips und bayerischer Interessen. Dies umfasst die Ablehnung weiterer CO<sub>2</sub>-Bepreisungen auf Holzprodukte und die Anerkennung von Brennholz als erneuerbare Energiequelle in der EU-Waldstrategie.
3. bis Ende 2026 einen Bericht über die Auswirkungen der EU-Verordnungen auf die bayerische Forstwirtschaft vorzulegen, inklusive Empfehlungen zur Stärkung lokaler Brennholznutzung.

### **Begründung:**

Die bayerische Forstwirtschaft ist ein Eckpfeiler unserer regionalen Wirtschaft und Kultur. Mit über 2,5 Millionen Hektar Waldfläche in Bayern trägt sie nicht nur zur CO<sub>2</sub>-Bindung bei, sondern versorgt Haushalte und Industrie mit nachhaltigem Brennholz – einem erneuerbaren, lokalen Rohstoff, der seit Jahrhunderten genutzt wird. Brennholz ist emissionsarm, wenn es aus nachhaltiger Bewirtschaftung stammt, und trägt zur Energieunabhängigkeit Bayerns bei, insbesondere in ländlichen Regionen, wo es eine kostengünstige Alternative zu fossilen Brennstoffen darstellt. Die Verwendung von Brennholz in älteren Kaminöfen ist aufgrund der zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes ohnehin weitgehend zurückgedrängt worden. Aber es gibt v. a. in ländlichen Gegenden immer noch Haushalte, deren einzige Heizquelle Holzöfen sind, und die von sozial Schwächeren bewohnt werden, die sich teure Kachelofeneinsätze oder Filter-Nachrüstungen nicht leisten können.

Einschlägige EU-Verordnungen greifen zunehmend in nationale Kompetenzen ein, was die Nutzung von Brennholz erschwert. Die EU-Entwaldungsverordnung von 2023 zwingt Waldbesitzer und Verarbeiter zu umfangreichen Sorgfaltspflichten, Nachweisen und Berichterstattungen, die bürokratisch überladen sind und kleine Betriebe überfordern. Ergänzend belasten CO<sub>2</sub>-Bepreisungen (z. B. im Gebäudeenergiegesetz) und Vorgaben der EU-Waldstrategie für 2030 die Holznutzung, indem sie sie als „nicht nachhaltig“ stigmatisieren, obwohl bayerische Wälder durch aktive Bewirtschaftung gesund und produktiv bleiben. Bäume betreiben wie alle Pflanzen Photosynthese, d. h. sie entnehmen der Atmosphäre Kohlendioxid und wandeln dieses in Biomasse um. Bei diesem Prozess wird zusätzlich Sauerstoff freigesetzt.

Das bedeutet, dass die Verbrennung von Holz exakt die Menge an CO<sub>2</sub> freisetzt, die zu „Lebzeiten“ der Pflanze gebunden wurde. Damit ist der Gesamtvorgang ein klimaneutraler Kreislauf. Noch vor wenigen Jahren war genau dieser Vorgang das Credo der Grünen und des BUND Naturschutz und Holz galt als die älteste Form der erneuerbaren Energie.

Diese restriktiven EU-Maßnahmen verletzen das Subsidiaritätsprinzip und ignorieren die Besonderheiten Bayerns, wo Wälder multifunktional genutzt werden – für Wirtschaft, Naturschutz und Erholung. Statt ideologischer „grüner“ Vorgaben aus Brüssel brauchen wir eine bayerische Politik, die Brennholz als nachhaltiges Brennmaterial fördert: Es bindet CO<sub>2</sub> langfristig, schafft Arbeitsplätze (über 50 000 in Bayerns Forst- und Holzwirtschaft) und reduziert Abhängigkeit von Importen. Im Vergleich zu anderen Heizungssystemen, wie etwa einer Gas- oder Ölheizung, kann Brennholz eine kostengünstige Alternative sein.

Die AfD-Fraktion lehnt es ab, dass EU-Bürokratie unsere Traditionen und Wirtschaft schädigt. Ohne zeitnahe Maßnahmen droht ein Rückgang der Brennholznutzung, höhere Energiekosten für Bürger und wirtschaftlicher Schaden für ländliche Gebiete. Bayern muss seine Souveränität wahren und Brennholz als Teil einer realistischen „Energiewende“ positionieren – nicht als Problem, sondern als Lösung.